

Bülach

Regierungsrat wirbt auch für Schulfusionen

Kloten. Die Schülerzahlen im Kanton Zürich steigen schneller als gedacht, weshalb sich Bildungsdirektorin Regine Aepli (SP) bei ihrem Auftritt vor den Zürcher Schulpräsidenten in Kloten kritisch zur Pensenreduktion für Lehrer äusserte. Vor Aepli warb Regierungsratskollege Martin Graf (Grüne) für Gemeindefusionen.

Christian Wüthrich

Als Justizdirektor des Kantons Zürich tritt Martin Graf (Grüne) nicht oft an Schulveranstaltungen auf. Zur Generalversammlung des Verbandes Zürcher Schulpräsidien (VZS) vom letzten Donnerstag hatte aber nebst Bildungsdirektorin Regine Aepli (SP) auch Graf eine Einladung erhalten. Die Klotener Schulpräsidentin und CVP-Kantonsrätin Corinne Thomet, die die VZS-Geschäftsstelle leitet, hatte die Versammlung zum zweiten Mal im Klotener Schluwegsaal organisiert.

«Es ist nicht falsch, über die eigenen Strukturen nachzudenken», riet der Justizdirektor den Schulpräsidenten im Hinblick auf die Einführung des neuen Gemeindegesetzes. Graf war gekommen, um die schulpolitischen Verantwortlichen aus allen Zürcher Bezirken über den Stand der Totalrevision des Gemeindegesetzes zu orientieren. Dieses sei von 1926 und «nicht mehr taufisch». So weise das geltende Gesetz veraltete Regelungen auf, während gleichzeitig wichtige Bestimmungen fehlen würden. Darunter fielen zeitgemässe Richtlinien für die sogenannte interkommunale Zusammenarbeit, Ausgliederungen und Verfahren für Fusionen. Für Letztere müsse es gemäss Graf künftig «genügend Anreize» geben, das sei «sehr wichtig», um Fusionsprojekte voranzutreiben.

Da er zu Beginn erwähnte, er wolle in seinen Aussagen «allgemein bleiben», wurde der Justizdirektor von einer Schulpräsidentin prompt gefragt, ob das denn auch explizit für mögliche Fusionen von Schulgemeinden gelte. «Ja, das ist so», lautete die kurze Antwort.

Kein Fusionszwang wie in Bern

Es sei angedacht, dass der Kanton den Gemeinden künftig Beiträge zur Entschuldung und «gegen die Hochzeitsstrafe» in Aussicht stellen wolle. Angesprochen fühlen von solchen Fusionsanreizen sollten sich vor allem die kleinen Gemeinden. Als klein definiert der ehemalige Effretiker Stadtpräsident all jene Gemeinden unter 2000 Einwohnern. «Wir wollen aber nicht so weit gehen wie im Kanton Bern», beschwichtigte Martin Graf die Zürcher Schulpräsidenten. Dort habe der Kanton nämlich sogar die Möglichkeit, die Gemeinden zu Fusionen zu zwingen. Das habe im Bernbiet unter anderem auch zu «unschönen Erscheinungen» geführt. Im Kanton

Zürich sollen sich Kommunen auch in Zukunft über die Gemeindeordnung selber organisieren können.

Bis das neue Gemeindegesetz gilt, dürfte es noch etwas dauern. Anfang 2013 kommt die Vorlage zunächst in den Kantonsrat, bevor sie ab Januar 2015 in Kraft treten soll, erklärte Graf.

Gymiprüfungskurse für alle

Bildungsdirektorin Regine Aepli stellte in Kloten die anstehenden Geschäfte im Volksschulbereich vor. Im nächsten Jahr soll dem Kantonsrat demnach eine Vorlage überwiesen werden, die alle Schulgemeinden dazu verpflichten würde, Vorbereitungskurse für die Gymiprüfungen anzubieten.

Zwei EVP-Initiativen – zur Senkung der Vollzeitpensen für Lehrer und für eine Beschränkung der Klassengrössen auf 20 Schüler – kritisierte Aepli als praktisch nicht umsetzbar. Da die Schülerzahlen schon jetzt viel schneller angestiegen seien, habe man im Kanton bereits auf 2013 hin 113 neue Vollzeitstellen schaffen müssen. Würde man die Initiativen umsetzen wollen, bräuchte man gemäss Bildungsdirektorin nebst 200 Millionen Franken mehr Geld auch 2000 neue Lehrerstellen.